

Quelle/URL: <http://www.ruhrnachrichten.de/lokales/castrop-rauxel/Castrop-Rauxel-Bundesverwaltungsgericht-bestaetigt-Kraftwerks-Urteil;art934,849674>

E.ON in Datteln

## Bundesverwaltungsgericht bestätigt Kraftwerks-Urteil

**CASTROP-RAUXEL/DATTELN** Im Rechtsstreit um den Bau des Steinkohlekraftwerks im benachbarten Datteln haben die Stadt Datteln und E.ON eine weitere juristische Niederlage hinnehmen müssen.



Die Baustelle des Kohlekraftwerks in Datteln.  
Foto: dpa

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig wies am Dienstag Beschwerden gegen die Nichtzulassung der Revision in dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Münster vom 3. September 2009 zurück. Mit der Entscheidung des obersten Gerichts ist das OVG-Urteil nun rechtskräftig. Das OVG hatte den Bebauungsplan für das E.ON-Projekt für unwirksam erklärt. Die Bauarbeiten mussten in der Folge teilweise gestoppt werden.

### Waltroper Landwirt klagt

Als Grund für die Entscheidung führte das OVG unter anderem an, dass die Stadt Vorgaben zum Naturschutz und zum Schutz der Bevölkerung nicht ausreichend beachtet habe. Die Anlage liege zu nahe an Wohngebieten. Damit wurde der Klage eines Landwirts aus Waltrop stattgegeben.

Für den Fall einer Aufhebung der Genehmigung für das Kraftwerk müsste E.ON die Anlage zurückbauen und den ursprünglichen Zustand wiederherstellen. Nach seiner Fertigstellung sollte das Kraftwerk mit einer Leistung von rund 1050 Megawatt eines der größten Steinkohlekraftwerke Europas werden. Die Gesamtinvestition beträgt rund 1,2 Milliarden Euro. Im Jahr 2011 sollte das Kraftwerk in Betrieb gehen.

### BUND fordert totalen Baustopp

Direkt nach dem Urteil forderte der nordrhein-westfälische Landesverband des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) den kompletten Baustopp für das umstrittene Vorhaben. Die Bestätigung des OVG-Urteils sei eine "herbe Schlappe" für die Landesregierung. Das höchste Gericht habe nun die zahlreichen Rechtsverstöße des Bebauungsplanes und der Landes- und Regionalplanung bekräftigt.

Der Umweltverband erwartet nun, dass der auf Grundlage der verschiedenen BUND-Eilanträge im parallelen immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren verhängte teilweise Baustopp erweitert wird. Die Bezirksregierung Münster habe dies für den Fall angekündigt, dass das Urteil des Bebauungsplanes rechtskräftig wird.

### Stadtrat tagt Mittwoch

Im Hinblick auf die für Mittwoch erwartete Entscheidung des Dattelner Stadtrats über die Aufstellung eines neuen Bebauungsplanes forderte der BUND, das Verfahren zu beendigen. Es sei eine Illusion, anzunehmen, dass die jetzt höchstrichterlich bestätigten massiven Rechtsverstöße der Kraftwerksplanung geheilt werden könnten.

Quelle/URL: <http://www.ksta.de/html/artikel/1268322647905.shtml>

## Kraftwerk Datteln

# E.ON kann so nicht bauen

**Der Bebauungsplan für das Steinkohlekraftwerk im nordrhein-westfälischen Datteln ist unwirksam. Dies bestätigte das Bundesverwaltungsgericht Leipzig in letzter Instanz. Für den Betreiber E.ON eine herbe Niederlage.**



Die Kraftwerksbaustelle in Datteln. (Archivbild: dpa)

LEIPZIG / DATTELN - Im Rechtsstreit um den Bau des Steinkohlekraftwerks Datteln (Kreis Recklinghausen) haben die Stadt Datteln und die E.ON Kraftwerke GmbH eine weitere juristische Niederlage hinnehmen müssen. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig wies am Dienstag Beschwerden gegen die Nichtzulassung der Revision in dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Münster vom 3. September 2009 zurück. Mit dem Urteil hatte das OVG den Bebauungsplan für das Projekt aufgehoben. Mit der Entscheidung der Leipziger Richter ist das OVG-Urteil nun rechtskräftig.

Das OVG hatte den Bebauungsplan für das E.ON-Projekt als unwirksam erklärt. Die Bauarbeiten mussten in der Folge teilweise gestoppt werden. Als Grund für die Entscheidung führte das OVG unter anderem an, dass die Stadt Vorgaben zum Naturschutz und zum Schutz der Bevölkerung nicht ausreichend beachtet habe. Die Anlage liege zu nahe an Wohngebieten. Damit wurde der Klage eines Landwirts aus Waltrop stattgegeben.

## Bebauungsplan muss geändert werden

Sowohl die Stadt Datteln als auch die E.ON Kraftwerke GmbH hatten Beschwerden über die Nichtzulassung der Revision durch das OVG beim Bundesverwaltungsgericht eingelegt. Für den Fall einer Aufhebung der Genehmigung für das Kraftwerk müsste E.ON die Anlage zurückbauen und den ursprünglichen Zustand wiederherstellen.

Ein Sprecher der E.ON Kraftwerke GmbH sagte, das Unternehmen setze sich trotz der juristischen Entscheidung weiter dafür ein, die planungsrechtlichen Grundlagen für einen genehmigungsfähigen Bau des Kraftwerks zu schaffen. Dazu gehöre vor allem, dass der Stadtrat am Mittwoch eine neue Aufstellung eines Bebauungsplans beschließt. Dadurch sollten die vom OVG monierten Punkte "geheilt" werden.

Laut dem Sprecher arbeiten trotz des teilweisen Baustopps derzeit noch 1600 Menschen auf der Baustelle in Datteln. Der Innenausbau werde derzeit fortgeführt, von dem Baustopp betroffen seien dagegen unter anderem ein Ammoniaklager, eine Netzanbindung und ein Kohlelager.

## Grüne und BUND fordern Baustopp

Das NRW-Wirtschaftsministerium erklärte, dass die Landesregierung den Landesentwicklungsplan überarbeitet und "klare landesplanerische Regelungen" für bestehende und zukünftige Kraftwerke geschaffen habe. Der energiepolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Dietmar Brockes, erklärte, dass der Bau des Kraftwerks "ökonomisch wie ökologisch im Interesse des Landes" sei.

Der nordrhein-westfälische Landesverband des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) forderte als Reaktion auf die Gerichtsentscheidung den "kompletten Baustopp für das umstrittene Vorhaben". Das höchste Gericht habe die zahlreichen Rechtsverstöße des Bebauungsplans und der Landes- und Regionalplanung bekräftigt, teilte der BUND mit. Die Deutsche Umwelthilfe begrüßte den Beschluss und sprach sich ebenfalls für einen "vollständigen Baustopp" aus.

Auch die NRW-Grünen forderten eine "sofortige Beendigung des Projekts". Zugleich warnte die Partei davor, durch nachträgliche Gesetzesänderungen den "Schwarzbau in Datteln" zu legalisieren. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Norbert Römer, bezeichnete die Entscheidung der Leipziger Richter als "schallende Ohrfeige für die Regierung Rüttgers". Durch "grobe handwerkliche Fehler, politische Fehlentscheidungen und Nichtstun im politischen Vollzug" sei dem Industriestandort NRW "schwerer Schaden zugefügt" worden.

Nach seiner Fertigstellung sollte das Kraftwerk mit einer Leistung von rund 1050 Megawatt eines der größten Steinkohlekraftwerke Europas werden. Die Gesamtinvestition beträgt rund 1,2 Milliarden Euro. Im Jahr 2011 sollte das Kraftwerk eigentlich in Betrieb gehen. (ddp)



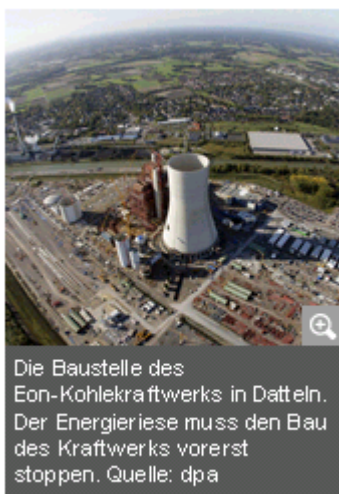
16.03.2010

Quelle/URL: <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/datteln-eon-muss-bau-von-kohlekraftwerk-stoppen;2547157>

Datteln

## Eon muss Bau von Kohlekraftwerk stoppen

**Der Energiekonzern Eon muss nach einer neuen juristischen Niederlage den Bau des Steinkohlekraftwerks im westfälischen Datteln vorerst beenden. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig wies am Dienstag eine Beschwerde des Konzerns und der Stadt Datteln zurück.**



Die Baustelle des Eon-Kohlekraftwerks in Datteln. Der Energieriese muss den Bau des Kraftwerks vorerst stoppen. Quelle: dpa

DÜSSELDORF. Eon und die Kommune waren gegen die Nichtzulassung der Revision gegen das Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Münster vorgegangen, das den Bebauungsplan wegen Verstößen gegen gesetzliche Vorgaben für unwirksam erklärt hatte. Damit ist das Urteil rechtskräftig - und die von der Bezirksregierung Münster ausgestellten Genehmigungen, den Bau in wichtigen Teilen vorerst fortzuführen, sind hinfällig. Das bestätigte ein Eon-Sprecher.

Das OVG hatte im September einem Landwirt recht gegeben, der gegen Eons Pläne geklagt hatte, ein Steinkohlekraftwerk mit einer Leistung von 1 000 Megawatt zu bauen. Die Bezirksregierung gestattete dem Konzern aber, die Bauarbeiten eingeschränkt fortzusetzen, bis das Urteil rechtskräftig ist. Eon kann jetzt nur noch auf die Politik hoffen: Der Stadtrat von Datteln will bald über einen neuen Bebauungsplan entscheiden. Und die NRW-

Landesregierung will die rechtlichen Rahmenbedingungen für neue Kohlekraftwerke ändern.